

Der Aufstand der Gemeinden zeigt Wirkung

Bund überprüft den KESB-Irrsinn!

Unabhängige Experten sollen Kosten und Massnahmen beim neuen Kindes- und Erwachsenenschutz genau unter die Lupe nehmen.

VON KATIA MURMANN
UND DEBORAH LACOURRÈGE

Über 60 000 Franken muss die Gemeinde Hagenbuch ZH für eine Familie zahlen – jeden Monat. Die Kosten, angeordnet von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), treiben die kleine Gemeinde an den Rand des Ruins (*SonntagsBlick berichtet*). Hagenbuch ist kein Einzelfall: Überall stehen die KESB massiv in der Kritik.

Jetzt hat der Bund angekündigt, das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht zu überprüfen. «Wir werden uns die Entwicklung der Kosten und die

Zahl der angeordneten Massnahmen genau anschauen», sagt David Rüetschi vom Bundesamt für Justiz.

Eigentlich hatte der Bund mit der Evaluation warten wollen. Erst Anfang 2013 haben die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden die Vormundschaftsbehörden ersetzt. Doch der öffentliche Druck war zu gross. Der Aufstand der Gemeinden zeigt Wirkung.

Im Parlament wurde die Überprüfung von den beiden Nationalrätinnen Daniela Schneeberger (FDP/BL) und Yvonne Feri (SP/AG) mit zwei Postulaten angestossen.



Der SonntagsBlick berichtete im September über die Gemeinde Hagenbuch ZH.

Schneeberger bezog sich explizit auf die Berichterstattung im SonntagsBlick. «Die Kosten der Gemeinden geraten durch die KESB ausser Kontrolle», sagt Schneeberger. «Jetzt muss etwas passieren.»

Die beiden Postulate könnten bereits in der nächsten Session vom Parlament angenommen und an den Bundesrat überwiesen werden. «Dann legen wir los», sagt David Rüetschi. Externe Experten werden den KESB auf die Finger schauen. Erste Ergebnisse sollen nicht lange auf sich warten lassen.

Therese Schläpfer (55), Gemeindepräsidentin von Hagenbuch, ist zufrieden. Der gesunde Menschenverstand habe gesiegt: «Das zeigt, dass wir längst nicht die einzige Gemeinde mit diesem Problem sind.»



Therese Schläpfer, Gemeindepräsidentin von Hagenbuch, organisierte den Aufstand der Gemeinden.

Fotos: Tomi Lindroos, EQ Images

Europarat: SVP setzt Italien unter Druck



SVP-Nationalrat Alfred Heer kämpft für das Dublin-Abkommen.

Die Volkspartei pocht darauf, dass die Schweiz Asylbewerber gemäss Dublin-Abkommen zurückschaffen kann. SVP-Nationalrat Alfred Heer (53, ZH) fordert darum im Europarat eine Untersuchung gegen Italien.

Das Dublin-Abkommen ermöglicht es, Asylbewerber in jenes Land zurückzuschicken, in dem sie ihr erstes Aufnahmegesuch gestellt haben. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat diese Praxis aber in Frage gestellt: Die Richter untersagten der Schweiz, eine Familie nach Italien zurückzuschicken, weil die Kinder dort nicht angemessen untergebracht werden

können. «Wir müssen jetzt richtig Druck aufsetzen. Es ist eine Schande, dass die Italiener die Umsetzung des Dublin-Abkommens verhindern», sagt Heer.

Am Donnerstag tagt die zuständige Kommission des Europarats in Bukarest. Dort will Heer verlangen, die «menschenunwürdigen Zustände» im Nachbarland zu untersuchen und zu beseitigen.

Spürt Italien nicht, könnte der Europarat Massnahmen ergreifen. «Das kann so weit gehen, dass man den Italienern das Stimmrecht im Europarat entzieht. Allerdings wäre dies ein langer Weg», sagt er. Während die SVP in Europa auf die

Einhaltung der Menschenrechte pocht, geht sie in der Schweiz dagegen an: Eine neue Initiative der Volkspartei könnte die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) bedeuten.

Derweil formieren sich in Bern die Gegner der SVP. Am Dienstag will eine Gruppe von Parlamentariern deren Angriffe auf die EMRK diskutieren. Mit dabei ist CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (49). «Wir müssen ein Gegengewicht schaffen. Wer sich von den Menschenrechten verabschiedet, verabschiedet sich von der zivilisierten Welt», sagt die Zürcherin. ● SIMON MARTI, MARCEL ODERMATT